



# Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



*Liebe Leserinnen und Leser,*

ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl ist die neue Regierung jetzt endlich im Amt. Der erste Satz der Überschrift des Koalitionsvertrages lautet: „Ein neuer Aufbruch für Europa“. Das ist ein hoher Anspruch, aber zugleich auch Verpflichtung, denn auch unsere Partner warten darauf, dass Deutschland gemeinsam mit anderen mutig die Aufgaben angeht, die angepackt werden müssen.

Der Brexit wird uns für den Rest des Jahres beschäftigen. Derzeit kann man noch nicht davon ausgehen, dass nach dem 29. März 2019 für Bürger und Wirtschaft alles „wie gehabt“ weitergeht.

## AUS DEM INHALT

Ausgabe April 2018

- **Weg Großbritanniens aus der EU**
- **Zusammensetzung des Europaparlaments**
- **EU fördert die Rückkehr von Migranten**
- **Mehrjähriger EU-Finanzrahmen**
- **Interrail-Tickets für Europas Jugend**
- **EU fördert Internet Hotspots in Gemeinden**

Während diese Ungewissheit vorerst bleibt, müssen wir gleichzeitig diskutieren, welche Aufgaben wir künftig besser gemeinsam angehen wollen und wieviel Geld wir dafür zur Verfügung stellen. Ich bin überzeugt: Bei innerer und äußerer Sicherheit, Verteidigung, Migrationsfragen, Außengrenzschutz, gegenüber Afrika, aber auch bei Herausforderungen der Digitalisierung, der Innovation, bei Forschung und Entwicklung müssen wir uns mehr engagieren, denn allein ist jeder für sich zu klein.

In diesem Sinne grüßt Sie

## EU und Großbritannien bereiten die Scheidung vor

Am 29. März 2019 wird Großbritannien die Europäische Union verlassen. Gemeinsam mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Brexit-Verhandlungsführer Michel Barnier debattierten jüngst die EU-Abgeordneten über einen möglichen Rahmen für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Ein Assoziierungsabkommen könnte eine solche Lösung sein, das neben den wirtschaftlichen Beziehungen

auch die Außenpolitik, innere Sicherheit und sonstige Zusammenarbeit regeln würde. Derweil haben die Brexit-Verhandlungen eine kritische Phase erreicht. Wesentliche Fragen zu den Bürgerrechten bleiben weiter ungelöst, ähnliches gilt für die künftige Grenze zu Nordirland. Am weitesten gehen die Vorstellungen beider Parteien allerdings im Bereich der Handelsbeziehungen auseinander. Während die EU für ein Freihandelsabkommen

ohne Sonderregeln plädiert, schwebt den Verantwortlichen in London ein Zugang zum Binnenmarkt, aber nur in einzelnen Bereichen vor.

Es ist sinnvoll, eine enge Zusammenarbeit in vielen Bereichen aufrechtzuerhalten, was von beiderseitigem Interesse sein sollte. Jedoch muss von EU-Seite klargestellt werden, dass selbst eng verbundene Drittstaaten keinesfalls die gleichen Vorteile genießen oder gar günstiger behandelt werden können als Mitgliedstaaten. Die Integrität des Binnenmarktes muss gewahrt werden.

Noch fehlt es jedenfalls an einer soliden Grundlage, um bereits im Herbst dieses Jahres über einen Austrittsvertrag abzustimmen. Dieser bedarf, ebenso wie ein mögliches Assoziierungsabkommen, der Zustimmung des EU-Parlaments.



## Zusammensetzung des Europaparlaments

Der sich abzeichnende Austritt Großbritanniens aus der EU schafft auch für das EU-Parlament eine neue Situa-

tion. Wenn Großbritannien am 29. März 2019 die Europäische Union verlässt, werden 73 Sitze im EU-Parlament frei.

Das Parlament selbst fordert nun eine Neuverteilung von 27 der frei werdenden Sitze. Bisherige Unausgewogen-

heiten könnten so korrigiert werden. Deutschland jedoch würde leer ausgehen, da die Mandatszahl laut Lissabon-Vertrag auf 96 gedeckelt ist. Nach dem Willen des Verfassungsausschusses sollten weitere 27 Plätze an Kandidaten vergeben werden, die in ganz Europa zur Wahl stehen. Das Plenum hat aber die so genannten transnationalen Listen abgelehnt. Auch die CDU/CSU-Gruppe votierte bei der Plenarabstimmung gegen die Einführung von transnationalen Listen.

Zur Stärkung der EU ist es sinnvoll, bürgernahe Abge-

ordnete mit klarem Bezug zu ihrer Heimatregion zu wählen. Aus Brüssel heraus aufgestellte Kandidaten auf transnationalen Listen laufen dem entgegen. Nun müssen die nationalen Regierungen den Forderungen des Europaparlaments noch zustimmen. Aufgrund des klaren Abstimmungsergebnisses sind jedoch keine großen Änderungen zu erwarten. Vielmehr gilt die Unterstützung der transnationalen Listen im Europäischen Rat als unwahrscheinlich, da sie die nationale Zuständigkeit für Wahlen untergraben würden.



## Einkaufen im Internet europaweit geregelt

Internet und digitale Technologien haben unsere Welt verändert und den EU-Binnenmarkt vor neue Herausforderungen gestellt. Für den digitalen Binnenmarkt müssen schnellstmöglich gleiche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Für die alten Grenzen, die es im analogen Umfeld schon längst nicht mehr gibt, ist kein Platz mehr.

Mit der jüngsten Abstimmung des Europaparlaments wurde Online-Shopping nun endlich europaweit geregelt. Kunden haben jetzt länder-

übergreifend einen Anspruch, Waren und Dienstleistungen zu identischen Konditionen zu erwerben, unabhängig davon, aus welchem EU-Land sie bestellen oder über welche IP-Adresse sie im Internet sind.

Mit den diskriminierenden Praktiken, bekannt als Geo-Blocking, bei denen Händler bisher ausländische Käufer generell von Angeboten ausschließen konnten, sie automatisch auf Webseiten mit höheren Preisen weiterleiteten, oder die im Ausland

ausgestellte Kreditkarte nicht akzeptierten, ist künftiger Schluss. Bereits zum Jahresende sollen diese Hürden beim Online-Einkauf fallen. Jetzt müssen nur noch die nationalen Regierungen der Abschaffung des Geo-Blockings zustimmen, was Formsache ist. Urheberrechtlich geschützte Güter wie E-Books oder CDs bleiben von der Verordnung vorerst ausgeschlossen. Zwei Jahre nach Inkrafttreten der neuen Standards wird die EU-Kommission aber das Regelwerk auf den Prüfstand stellen.

## Hessische Landesregierung und Partnerregionen positionieren sich zur EU-Kohäsionspolitik

Die europäische Kohäsionspolitik hat zum Ziel, eine stetige und nachhaltige Entwicklung der einzelnen Regionen innerhalb Europas zu fördern und die Unterschiede zwischen ihnen zu verringern. In einem gemeinsamen Positionspapier hat die Landesregierung Hessens zusammen mit seinen Partnerregionen Emilia-Romagna, Nouvelle Aquitaine und Wielkopolska die Wichtigkeit der Kohäsionspolitik für die Wahrung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit im globalen Rahmen unterstrichen.

Im Papier haben sich diese europäischen Landesregierungen bzw. Regionen für den Erhalt der Kohäsionsmittel für alle Regionen auch nach 2020 ausgesprochen. Diese setzen sich aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Kohäsionsfonds zusammen. Die Unterstützung wird hierbei sowohl kleineren und mittelgroßen Unternehmen zu Teil, fließt aber ebenso auch in andere Projekte bspw. zur städtischen und ländlichen Entwicklung oder zugunsten des Umweltschutzes. Bei der Umsetzung der Projekte spielt die Ab-



stimmung und Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen gemeinsam mit der Europäischen Kommission eine entscheidende Rolle. Hierbei ist zu betonen, dass den einzelnen Regionen noch mehr Spielraum bei der Art und Weise eingeräumt werden sollte, wie die territoriale Dimension der Kohäsionspolitik auf die jeweilige Region spezifisch angewendet werden soll. Dies führt zu einer besseren Anpassung an lokale Unterschiede und geht auf die relativen wirtschaftlichen Vorteile bei der Herstellung von Waren sowie der Erbringung von Dienstleistungen ein.

Für ein noch effizienteres Einsetzen der verfügbaren Ressourcen sprechen sich die vier

Partnerregionen für eine Vereinfachung und Harmonisierung der bestehenden europäischen Programme und Instrumente aus. Auch sollten die Fonds in der Lage sein, bei innovativen Pilot-Projekten Unterstützungshilfen zu leisten.

Für die Zukunft bezieht die hessische Landesregierung mit ihren Partnerregionen klar Stellung, dass der ESF als elementarer Bestandteil unter dem Dach der Kohäsionspolitik verbleiben sollte. Für die Zeit nach 2020 setzen sich die vier Regionen zudem dafür ein, dass man die 7-Jahres-Planung für die weitere langfristige Stärkung der Regionen fortsetzt, zeigen sich aber auch gegenüber der Idee eines 5+5-Planungszeitraum aufgeschlossen.

## Deutscher Beitrag zur Zukunft der EU erwartet



Die Kommission hat am 26. Februar drei neue Programme im Umfang von mehr als 150 Mio. EUR im Rahmen des Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika verabschiedet. Sie erfüllt damit die Zusagen der Gemeinsamen Task-Force der Afrikanischen Union, der EU und der Vereinten Nationen im Hinblick auf die Verbesserung der Lage der Migranten in Libyen.

gestrandete Migranten zu evakuieren und zu schützen und ihnen bei der freiwilligen Rückkehr und Wiedereingliederung in ihren Herkunftsländern zu helfen. Das Programm wird gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) durchgeführt. Es ergänzt eine bereits laufende

Hierzu werden weitere 115 Mio. EUR für ein neues Regionalprogramm bereitgestellt, das helfen soll in Libyen

und mit 162 Mio. EUR ausgestattete Maßnahme. Weitere 20 Mio. EUR sollen zur Verbesserung der Hilfe für schutzbedürftige Migranten in Transitländern in der Sahelzone und im Tschadseebecken beitragen. Durch ein weiteres Programm im Wert von 15 Mio. EUR wird die EU ihre Unterstützung für die nachhaltige Wiedereingliederung äthiopischer Staatsbürger ausweiten. Die neuen Programme ergänzen die bisherigen Arbeiten im Rahmen der Fazilität für nachhaltige und dauerhafte Rückkehr und Wiedereingliederung.

### WEB-TIPP

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-1143\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-1143_de.htm)

## Fahrplan für die Umsetzung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) im Verteidigungsbereich

Der Rat hat am 06. März 2018 einen Fahrplan für die Umsetzung der SSZ angenommen. Die SSZ wurde am 11. Dezember 2017 durch Beschluss des Rates gestartet. Grundsätzliche Ziele der Zusammenarbeit sind eine eigenständige Krisenmanagementfähigkeit

der EU und ein abgestimmter, effizienterer gemeinsamer Mittel- und Ressourcennsatz im Bereich der Verteidigung. Zur Umsetzung des Fahrplans beschloss der Rat einen Zeitplan, in dem die teilnehmenden Mitgliedstaaten darzulegen haben, wie sie die

vereinbarten Verpflichtungen erfüllen wollen.

Ergänzt wird der Plan durch Fristen für eine Einigung über mögliche künftige Projekte sowie die Grundzüge gemeinsamer Vorschriften für die Steuerung von Projekten, die

bis Ende Juni 2018 angenommen werden sollen. Darüber hinaus wurde durch Beschluss die erste Liste von den auf der Dezembertagung 2017 angenommenen 17 gemeinsamen Projekten aufgestellt, die u.a. Bereiche wie Ausbildung, Fähigkeitenentwicklung und operative Einsatzbereitschaft auf dem Gebiet der Verteidigung betreffen.



Der Start der SSZ und der nun vorgelegte Fahrplan gehen zurück auf das Engagement der christdemokratischen Europaabgeordneten, die seit 2009 forderten, die im Vertrag von

Lissabon etablierte gestärkte militärischer Zusammenarbeit anzuwenden. Jetzt liegt es an den nationalen Verteidigungsministerien das Potenzial der

SSZ zu nutzen, um gemeinsame Verbände für den Einsatz im Rahmen der Vereinten Nationen, der EU oder NATO aufzustellen und zu erhalten.

## Interrail-Ticket



Jugendliche des Jahrgangs 2000 können bei Vollendung des 18. Lebensjahres ein kostenfreies Interrail-Ticket „gewinnen“. Damit erhalten die 18-jährigen für einige Wochen eine Reisemöglichkeit mit der Bahn durch ganz Europa. Diese vom Parlament vorgeschlagene symbolträchtige Reise soll für bis zu 30.000 europäische

Reisen Europa und seine vielfältigen Kulturen kennenlernen. Die Reiseerfahrung soll zur Vermittlung eines europäischen Identitätsgefühls unter den jungen Menschen beitragen sowie aktives Bürgertum, soziale Inklusion und Solidarität fördern. Die Kommission will dafür 12 Millionen Euro im EU-Haushalt 2018 bereitstellen,

Jugendliche realisiert werden.

Die jungen Leute sollen auf ihren

wobei die konkrete Vergabe, etwa durch eine Lotterie, noch offen ist. Voraussichtlich werden sich alle im Jahr 2000 geborenen EU-Bürger auf einem Internetportal für Tickets bewerben können. Die ersten Tickets sollen bereits im Sommer 2018 vergeben werden.

### WEB-TIPP

Pressemitteilung (englisch)

<http://bit.ly/2FIHAOA>

Kommissionspapier (englisch) <http://bit.ly/2G6O13Q>

Faktenblatt (englisch)

<http://bit.ly/2FN0neU>

## Zukunft der Prioritäten und Ausgaben Europas



kommt und wohin fließt das Geld?

Der MFR setzt die Schwerpunkte für die Jahre 2021-2027 und bildet zugleich den Rahmen für die jährliche Haushaltsplanung. Ein solch umfassendes Regelwerk sollte gut durchdacht sein, entsprechend lange laufen die Vorbereitungen.

Zumal durch den Austritt Großbritanniens aus der EU künftig bis zu 14 Milliarden Euro jährlich fehlen und neue politische Prioritäten eine veränderte Ausrichtung zumindest in Teilen unabdingbar machen.

Das Europaparlament hat einen klaren Forderungs-

katalog vorgelegt. Die EU braucht eine angemessene Mittelausstattung. Nur so kann Europa seinen zusätzlichen Aufgaben gerecht werden: die Sicherung der Außengrenze und die Verteidigung der Union und ihrer Bürger. Dadurch werden nationale Aufgaben unterstützt und effizienter gestaltet. Mit der derzeitigen Ausstattung von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU wird das aber nicht zu machen sein. Eine Aufstockung auf 1,3 Prozent wäre geboten. Um darüber hinaus kohärente Politik machen zu können, die Beschlüsse auch umsetzt, sollte die Laufzeit des EU-Mehrjahreshaushalts auf die Legislaturperiode von EU-Parlament und EU-Kommission abgestimmt werden.

Die mehrjährige EU-Finanzplanung (MFR) kann auch als Richtungsweiser für die Zukunft der Europäischen Union verstanden werden. Denn darin gebündelt finden sich Antworten auf Fragen hinsichtlich künftiger Investitionen: Wie hoch ist die Mittelausstattung, woher

## Initiative WiFi4EU gestartet

Städte und Gemeinden können sich für EU-finanzierte Internet-Hotspots WiFi4EU registrieren lassen.

Wi-Fi ist ein Standard für kabellose Kommunikationsgeräte zur Datenübermittlung

zwischen zwei WLAN-Endgeräten ohne zentrale Basisstation. Die Registrierung ist die Voraussetzung für eine Bewerbung um einen 15.000 Euro-Gutschein. Mit den WiFi4EU-Gutscheinen können Gemeinden Wi-Fi-Geräte beschaffen

und in den von ihnen ausgewählten öffentlichen Räumen einrichten, u.a. in Bibliotheken, Museen, öffentlichen Parks und öffentlichen Plätzen. Die Kosten für Betrieb und Wartung des Netzes sind von den Gemeinden zu tragen.



### Wie kann ein WiFi4EU-Gutschein beantragt werden?

- Registrierungsphase: Ab sofort können sich Städte und Gemeinden beim WiFi4EU – Portal anmelden.
- Bewerbungsphase: Mitte Mai 2018 wird die erste Aufforderung veröffentlicht, und die registrierten Gemeinden können sich um die ersten 1.000 Gutscheine bewerben. Die Gutscheine werden in der Reihenfolge des Eingangs der Bewerbungen vergeben.



- Zuteilungsphase: Die Kommission wird die 1.000 Gemeinden bekannt geben, die Mittel im Rahmen der ersten Aufforderung erhalten.
- In den kommenden zwei Jahren werden vier weitere EU-Aufforderungen zur Bewerbung veröffentlicht.

Die Mittel werden nur bereitgestellt, wenn

in demselben öffentlichen Raum noch keine unentgeltlichen privaten oder öffentlichen kostenlosen Angebote ähnlicher Qualität bestehen. Zur Haftung der Behörden für die von den Nutzern übertragenen Inhalte hat die Kommission in einer Pressemitteilung vom 14.09.2016 betont (wörtlich): „Wie in der

Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr vorgesehen, wären Behörden, die ihren Bürgerinnen und Bürgern diesen Dienst anbieten, für die von den Nutzern übertragenen Inhalte nicht verantwortlich.“

### WEB-TIPP

Pressemitteilung:

<http://bit.ly/2HSCnDI>

Portal:

<http://bit.ly/2GafO0c>

Kontaktdaten:

<http://bit.ly/2u7nATL>

Fragen und Antworten:

<https://bit.ly/2pyMZkD>

## IMPRESSUM

**Michael Gahler**  
Europäisches Parlament  
ASP 14 E 154  
B-1047 Brüssel  
Tel +32-2-2845977  
Fax +32-2-2849977  
michael.gahler@  
europarl.europa.eu  
www.michael-gahler.eu  
f michael.gahler.77

**Europabüro**  
Wasserweg 2  
64521 Groß-Gerau  
Tel.: 06152 - 932 594

**Bildnachweis:**  
Europäisches Parlament,  
Europäische Kommission